Bezugspreis für Mai durch die Post bezogen 2.00 Mk. ausschl. Bestellgeld, in der Stadt Münster 2.00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart), „Der Erzähler", „Der Frauen Welt und Heim", „Jugendland", „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr), „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat), „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld, Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger, Warendorfer Anzeiger, Westmünsterländer Anzeiger, Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise) wochentäglich.
Redaktion und **Verlag** Gallitzinstraße 13, Ecke Hamburger Straße. — **Fernsprecher** Nr. 2448 2449 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster, Prinzipalmarkt 13/14, Fernspr. Nr. 78. — Rheine, Emsstr. 34a, Fernspr. 670.
Berliner Redaktion: Paul Fr. Hüsgen, Berlin SW 48, Berl. Hedemannstraße 5. Fernsprecher Nollendorf 883.

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Das mm Höhe, 29 mm breit, kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster, sowie für alle amtlichen, Finanz-, Sammel-, Markenartikel- und Vergnügungsanzeigen 15 Pfg., für sonst. Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg., Familienanzeigen 8 Pfg. bei Barzahl. 7 Pfg., kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlung 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr, sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheck-Konto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Erstes Blatt

Sonntag, den 1. Mai 1927. **76. Jahrgang. Nr. 432**

Randglossen zur Abrüstung.

(Von unserem Genfer Vertreter).

Genf, 28. April.

Über das Ergebnis der jetzt abgeschlossenen Abrüstungskonferenz kann kein Zweifel bestehen: der Schlußbericht der Kommission ist eines der fatalsten Dokumente, die je die Druckerei des Völkerbundes passiert haben. Fatal in jeder Hinsicht. Äußerlich und Innerlich. Hunderte von schlecht formulierten Entwurfssplitiern stehen kreuz und quer durcheinander. Der Text ist kaum lesbar — versucht man dennoch den „Sinn" dieses kärglich zusammengestümperten Gewirrs von Paragraphenfetzen, Vorbehalten, Ein- und Ausschränkungen zu erfassen, so ist man vollends deprimiert über den kümmerlichen Inhalt dieser 30 Maschinenseiten, über diese sozusagen kindliche Leistung, um die sich 20 ausgewachsene Menschen in 40 dreistündigen Sitzungen bemüht haben. Man sieht, wie die Größe einer kühnen Idee durch die Ratlosigkeit kühler „Fachleute" in die Zwangsform törichter Wortklauberei gepreßt ist. Man spürt den völligen Mangel an Mut — die Abwesenheit jeglichen inneren Schwunges, das Fehlen aller menschlichen Bewegtheit durch die Grobartigkeit der zugrundeliegenden Idee. Das Dokument atmet Langeweile. Nichts da von irgendwelchem leisesten Gefühl für die Größe, Schönheit und Gewalt der Leistung, die vorbereitet werden soll. Statt Begeisterung fühlt man die Spitzfindigkeit trockener Kronjuristen, die sachliche Anmaßung der Generalstäbler und die einseitige Schablone beauftragter Diplomatie. Selten ist die Leblosigkeit alter Methoden deutlicher bewiesen. Nie hat Genf eine ungenialere, halbfertigere Urkunde an seine Völker verteilt . . .

*

Bei soviel ärgerlichem Mißbrauch einer hohen Aufgabe, versteht man sehr gut, daß das Gefühl der enttäuschten Welt gegen die aufreizende Gedankenlosigkeit der „führenden" Diplomaten rebelliert. Der Friedenswille der Millionen, die das Elend erlitten, — die bare Not der vom Kriege Geschlagenen kann nicht jahrelang mit redseligen Empfehlungen zur Geduld hingehalten werden. Man begreift die herbe Kritik der Völker. Insbesondere die doppelte Kritik Deutschlands, dem man bei der Amputierung seiner Wehrkraft die Abrüstung der Welt versprach. In der Tat: nichts scheint gerechter als dringender Protest — nichts klüger als Vorsicht gegen die feierlichen Redensarten von Frieden, Entwaffnung und weltumfassender Brüderlichkeit. Das hart verletzte Gefühl der ungeduldigen Massen hat sein starkes Recht zu leidenschaftlicher Opposition. Und — weil dieser Leidenschaft nicht zugemutet werden kann, vor ihrem Urteil alle Probleme der Abrüstungspraxis peinlich durchzudenken — weil die Friedenssehnsucht der Regierten nur die Bedrohung der Idee sieht — deswegen versteht man sogar, daß weite Kreise den Fehlschlag dieser ersten Lesung als „Tod der Abrüstung", als „Ende des Völkerbundes" definieren . . .

*

„Tod der Abrüstung" — „Ende des Völkerbundes" . . . wer Zeit genug hat, von dem Ergebnis der Konferenz klaren Abstand zu nehmen, weiß, daß diese Schlagworte sehr übertreiben. Denn — nüchtern gesehen, ist Abrüstung keine Sache des bloßen Gefühles, kein Spielball zwischen Begeisterung und Enttäuschung — sondern ein Thema der Politik, vor allem: ein Grundthema der deutschen Politik. Wir wollen die Abrüstung, weil sie allein die rechtliche Gleichordnung der Nationen verbürgt. Die Erreichung dieses Zieles verlangt Geduld und Klugheit. Andere Mittel sind nicht gegeben. Die ungeduldige Bemerkung vom „Tod der Abrüstung" usw. mag der enttäuschten Empfindung entsprechen — sie widerspricht aber jedenfalls der politischen Taktik. Wollte man sie zur Parole der deutschen Abrüstungsbewegung machen, so wäre nichts anderes getan als Wasser auf die Mühle der Abrüstungsgegner gegossen. Man soll protestieren — aber im Rahmen der Zweckmäßigkeit. Und — was das „Ende des Völkerbundes" angeht, so sollte man bedenken, daß — gleichviel ob Genf eine gute oder schlechte Einrichtung ist — eine Abrüstung ohne den Völkerbund nicht gedacht werden kann. Man kann den Völkerbund kritisieren. Scharf, ernst und in aller Sachlichkeit. Aber — man soll ihn nicht wegkritisieren, solange man nichts Besseres hat. Man kann sich denken, daß Mancher in der Hitze der Erregung „ein Kind mit dem Bade ausschüttet" — man kann sich aber nicht vorstellen, daß diese Maßnahme für das „Kind" gut ist. Womit gesagt sein soll, daß Politik mit radikaler Erregung, mit leidenschaftlicher Resignation einstweilen noch nicht gemacht werden kann. Politik verlangt Abstand, Ruhe, Unterscheidungsfähigkeit, weil alle Unruhe, jede Resignation und Übertreibung den Blick für die Realitäten trübt. Um uns selbst nicht zu schädigen, um den Gegner nicht durch unseren Verzicht auf die Abrüstung eine Schlacht gewinnen zu lassen, darf also trotz aller Enttäuschung der Rat gegeben werden, das Ergebnis von Genf weniger mit dem Herzen, sondern mehr mit dem Kopfe zu beurteilen . . .

*

Das Ergebnis ist — wie gesagt — fatal. Aber es wird nichts so heiß gegessen, wie es in erster Lesung gekocht wird. Das heißt: die jetzige Tagung war (trotz aller Bedeutung) doch nur ein erster Versuch zur Formulierung der Konvention. Es bestand kein Zwang für die Delegierten, das Problem im ersten Anhieb zu lösen. Daß diese „Zwanglosigkeit" der ersten losen Unterhaltung von allen Interessenten (unter denen wirklich nur sehr wenige gerne abrüsten) weidlich ausgenutzt worden ist, insbesondere nachdem die Absage der britischen Admiralität in der Flottenfrage einen vollen Erfolg ausschloß, ist ganz offenkundig. Vor diesem ersten großen Streitpunkt war man noch um eine Einigkeit bemüht und erreichte auch Einiges (z. B. in der Abrüstung der Landstreitkräfte und der Flugfahrt). Dann aber setzte (nach Ostern) eine ganz auffällige Kleinkrämerei ein. Debatten um Lächerlichkeiten beherrschten das Feld. Es kam in der Hitze des Gefechtes zu Reibereien. Die vordem erstaunlich friedfertige Atmosphäre wurde gespannt. Der anfangs sehr zusagende Präsident Loudon war den Unregelmäßigkeiten nicht mehr gewachsen. Unordnung riß ein. Plötzlich brachte jeder Alles vor, was die Situation zu seinen Gunsten verbessern — zu Gunsten der Einigung erschweren mußte. Die Argumente, Reserven und Vorbehalte wurden allseitig unsachlich. Alle Wünsche wurden übertrieben. Jeder stellte Maximalforderungen auf, um Trümpfe in der Hand zu haben. Der ganze (nicht unbeträchtliche) Fleiß der einzelnen Delegationen wurde grundsätzlich darauf verwandt, die Besonderheit des eigenen Standpunktes zu betonen. Das Ziel der Konferenz verschob sich. Statt von der „Sicherheit" durch „Abrüstung", redete jeder von der „Abrüstung" durch „Sicherheit". Es versteht sich, daß jeder Staat sich dabei so „unsicher", so verwundbar und hilflos fühlte, wie nur möglich. Mit einzelnen von ihnen mochte man förmlich Mitleid haben. So war die psychologische Verfassung in den entscheidenden Sitzungen. Daß die Konferenz in den letzten Tagen — bei der Aufstellung des Schlußberichtes — die Magerkeit ihrer Ergebnisse erkannte und in heimlicher Scham vor sich selbst noch einen kleinen moralischen Aufschwung riskierte (Verbot des chemischen Krieges), war anerkennenswert — aber zu spät. Die Bilanz der ersten Lesung zeigt daher im Ganzen eine Anhäufung von gegenseitigen Vorbehalten, Annäherung in mehreren Fragen und Einigung in ganz wenigen Problemen. Die Bilanz ist also negativ. Es erscheint aber wichtig darauf hinzuweisen, daß die Mehrzahl der gemachten Vorbehalte nicht grundsätzlich, sondern bloß taktischer Natur sind. Diese Tatsache schwächt die Bedeutung des Mißerfolges nicht unwesentlich ab.

*

Vorteile und Nachteile dieser Konvention spiegeln den gegenwärtigen Stand der Abrüstung. Die Nachteile sind größer. Wir konstatieren dies ohne Illusion. Aber, statt zu resignieren, konstatieren wir zugleich das „Glück im Unglück", daß wir jetzt wissen, welches die Nachteile sind, wo Ausgleich geschaffen werden muß. Ob er geschaffen wird, hängt in der Hauptsache von England, Amerika, und Italien ab. Die zweite Lesung im Winter wird zeigen, wie ehrlich oder unehrlich diese Staaten sind. Wir — die Abgerüsteten werden bis dahin unser Recht in eine moralische Waffe verwandeln.

Die Teilnahme Rußlands an der Weltwirtschaftskonferenz.

Moskaus offizielle Mitteilung.

tu **Genf**, 30. April. Das Völkerbundssekretariat veröffentlicht soeben eine heute eingetroffene offizielle Note des stellvertretenden Außenkommissars Litwinow vom 29. April an den Generalsekretär des Völkerbundes, in der mitgeteilt wird, daß im Hinblick auf die Regelung der Differenzen zwischen der Schweiz und Sowjetrußland die Moskauer Regierung nunmehr die Möglichkeit habe, an der Weltwirtschaftskonferenz teilzunehmen. Die Note teilt sodann die Zusammensetzung der sowjetrussischen Delegation mit, die 16 Personen, davon vier Delegierte umfassen wird. Die Namen der Delegierten stimmen mit den bereits gemeldeten überein. Generalsekretär der Delegation ist der Direktor der europäischen Abteilung des Außenkommissariats, Stein. Die Delegation umfaßt ferner fünf Experten und fünf weitere technischen Experten, sowie einen Vertreter der sowjetrussischen amtlichen Telegraphenagentur. Aenderungen oder Hinzufügungen zu der Liste behält sich die Sowjetregierung vor.

*

w **Moskau**, 29. April. Iswestija schreibt: Der Entschluß der Sowjetregierung, ungeachtet der ungewöhnlichen Mitteilungsweise des Völkerbundes durch einen Anschlag im Völkerbundsgebäude an der internationalen Wirtschaftskonferenz teilzunehmen, ist der beste Beweis für die sinnlosen Behauptungen, daß die Sowjetunion angeblich eine Selbstisolierung anstrebt, um die Berufung auf den sowjet-schweizerischen Konflikt als diplomatischen Vorwand für die Verweigerung einer Teilnahme an den europäischen Konferenzen benutzt hat. Der Entschluß der Sowjetregierung bedeutet nicht, daß die Sowjetunion optimistische Hoffnungen auf die Konferenz setzt, von deren Programm die wirklichen Ursachen der schweren Krisen der Weltwirtschaft ausgeschlossen sind. Die Teilnahme der Sowjetunion an der Konferenz darf nicht als Möglichkeit irgend welcher Aenderungen des Außenhandelsmonopolsystems ausgelegt werden. Die Sowjetunion strebt die Entwicklung von Wirtschaftsbeziehungen zu den kapitalistischen Staaten an, was nur bei unbedingter Aufrechterhaltung des unverrückbaren Außenhandelsmonopols möglich ist.

Serruys über die Weltwirtschaftskonferenz.

‡ **Paris**, 29. April. Der früher Direktor für Handelsabkommen am Quai d'Orsay und Mitglied der französischen Delegation für die Weltwirtschaftskonfernz in Genf, Serruys, äußerte sich einem Vertreter der „Information" gegenüber über die Erwartungen Frankreich zur Weltwirtschaftskonferenz folgendermaßen: Wenn Frankreich, das in vielen Hinsichten seine wirtschaftliche Konzentration im Inlande noch nicht in dem Maße verwirklicht hat wie andere Länder, sondern wie Deutschland sich in aktivster Form an den internationalen Kartellen beteiligen soll, so muß erst der Artikel 419 seines Strafgesetzes, der sich nicht nur gegen die Uebergriffe der Wirtschaftskoalition, sondern überhaupt gegen deren Bestand wendet, abgeändert werden. Es müsse eine neue Organisation geschaffen werden, die der Gegenwart und der modernen Entwicklung des Wirtschaftslebens einer großen Nation angepaßt sei. Die Behandlung dieser Fragen vor dem Völkerbund ließe befürchten, daß zu voreilige Beschlüsse gefaßt würden. Die Erfahrungen mit den großen ausländischen Enqueten seien noch zu gering, um bestimmte Forderungen ableiten zu können. Andererseits stoße eine internationale Organisation, die eine allgemeine Garantie bieten solle, noch auf zahlreiche Widerstände infolge der Verschiedenheit in den wirtschaftlichen Voraussetzungen der einzelnen Länder, die Mitglieder des Völkerbundes sind. Aber diese Bedenken könnten keineswegs das Interesse für die Weltwirtschaftskonferenz vermindern, wenn man auch für den Augenblick keine entscheidenden Ergebnisse erwarten dürfe. Jedenfalls wäre aber die Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbundes geeignet, zu einer wertvollen Fühlungnahme zwischen den Industrien der verschiedenen Länder zu führen und eine Atmosphäre zu schaffen, die zu freundschaftlichen Diskussionen Gelegenheit gebe und damit in hohem Maße zur Vorbereitung einer besseren wirtschaftlichen Zukunft Europas diene.

Die Delegation für die Weltwirtschaftskonferenz auf der Reise nach Genf.

Paris, 30. April. Die amerikanische Delegation für die Weltwirtschaftskonferenz ist auf ihrer Reise nach Genf in Paris eingetroffen.

Nach einer Meldung aus Angora sind Hassan Bey und Scheref Bey, die die Türkei auf der Weltwirtschaftskonferenz vertreten werden, nach Genf abgereist.

Die Entscheidung im Wiking-Olympia-Prozeß.

Das Verbot gegen Wiking bestätigt, gegen Olympia aufgehoben.

vdz **Leipzig**, 30. April. (Tel.) **In Sachen Wiking-Olympia wurde der Beschluß des Staatsgerichtshofes heute vormittag verkündet. Unter aufhebung des Beschlusses des kleinen Staatsgerichtshofes vom 13. Okt. 1926 wird die Verfügung des preußischen Ministers des Innern vom 12. 5. 26, durch die das Verbot des Bundes Wiking ausgesprochen wird, bestätigt, dagegen wird der das Verbot aufhebende Beschluß des Staatsgerichtshofes vom 13. Okt. 1926 in Bezug auf Bund Olympia bestätigt. Die Kosten des Verfahrens werden für Wiking dem Bund, für Olympia der preußischen Staatskasse auferlegt.**

*

In der Begründung des Urteils im Wiking-Olympia-Prozeß wandte sich der Vorsitzende, Senatspräsident Riedner, zunächst gegen die Aeußerung, der Staatsgerichtshof habe ein politisches Urteil zu fällen. Nur Recht und Gerechtigkeit seien die Grundlagen der Urteile des Staatsgerichtshofes. Daran ändere sich auch nichts, daß dem Staatsgerichtshof Beisitzer angehörten, die dem politischen Leben entnommen seien. Diese seien erforderlich, um die den gelehrten Richtern mangelnde oder nicht genügende Kenntnis der Verhältnisse zu ergänzen. Der Vorsitzende stellte weiter fest, daß das Material, das dem kleinen Staatsgerichtshof vorgelegen habe, lange nicht so erschöpfend gewesen sei, wie das jetzt behandelte. Ein Geheimbund liege vor, wenn das eigentliche Ziel des Vereins verschwiegen werde, wenn unbedingter Gehorsam versprochen werde. Alle Voraussetzungen seien nach Auffassung des Staatsgerichtshofes in Bezug auf Bund Wiking gegeben. Zunächst sei durch die Verhandlung vollständig geklärt worden, daß der Bund Wiking nichts weiter sei als eine Fortsetzung der Organisation „Consul". Das aber die O. C. ein Geheimbund im Sinne des Strafgesetzbuches sei, sei durch das Urteil im Prozeß gegen Hoffmann und Genossen festgestellt worden. Auch der Zeuge Friedrich, der der O. C. angehört habe, habe glaubhaft bekundet, daß die O. C. geradezu in Kiel die Grundlage für den Bund Wiking geworden sei. Es sei nachgewiesen, besonders nach den Bekundungen des Zeugen von Sodenstern, daß der Bund Wiking die Errichtung der Völkischen Diktatur angestrebt habe, einmal auf dem Wege einer Propaganda und weiter auf dem Wege der Beeinflussung des Reichspräsidenten, die in der Weise gedacht gewesen sei, daß man an den Reichspräsidenten habe herantreten wollen, um ihn zu bewegen, den Artikel 48 der Reichsverfassung anzuwenden und einen Ausnahmezustand zu errichten, sowie den Reichstag, falls dieser nicht damit einverstanden sein sollte, immer wieder aufzulösen, bis er mit der Ernennung des Diktators einverstanden sei. Ein Geheimbund liege auch dann vor, wenn lediglich legale Ziele verfolgt, diese aber der Regierung verschwiegen und so der Kontrolle entzogen würden. Der Bund Wiking habe unzweifelhaft Bestrebungen verfolgt, die verfassungsmäßige Staatsform zu untergraben. Das tatsächlich ein derartiges mit den Statuten des Bundes in keiner Weise zu vereinbarende Vorgehen des Bundes beabsichtigt gewesen sei, dafür spreche neben der Bekundungen des Zeugen von Sodenstern eine Reihe weiterer Tatbestände. Für die geheimen Ziele des Bundes habe der Staatsgerichtshof einen Beweis durch Urkunden, die direkt diese geheimen Ziele aussprächen oder indirekt solche Schlüsse ziehen ließen. In zahlreichen Urkunden werde den Mitgliedrn zur Pflicht gemacht, alles, was im Bunde Wiking vorgehe, geheimzuhalten. Es sei auch bewiesen, daß der Bund unbedingten Gehorsam gegen bekannte Obere vorschreibe, nämlich den Kapitän Ehrhardt Diese Erwägungen rechtfertigten ohne weiteres, den Bund Wiking als einen Geheimbund und seine Auflösung durch die preußische Regierung für berechtigt zu erklären. Für das Verbot genüge die Feststellung, daß der Bund ein Geheimbund sei. Ob er als staatsfeindlicher Bund im Sinne des Rechtsschutzes betrachtet werden könne, könne bei dieser Auslegung vollkommen dahingestellt bleiben.

Bezüglich des Bundes Olympia sei der Staatsgerichtshof der Ansicht, daß das von der preußischen Regierung zur Begründung der Aufhebung des Verbotes herangezogene Material aus dem Jahre 1923 zur Begründung des Verbotes im Jahre 1926 herangezogen werden könne. Aehnliches gelte für den vorübergehenden Waffenbesitz vom Jahre 1924. Bezüglich des Aufmarschplanes könne nur zu schließen sein, daß er der Regierung seine Hilfe nur habe zur Verfügung stellen wollen, wenn gewisse Bedingungen erfüllt seien. Diese Tatsache allein würde jedoch nicht ausreichen, diesen Bund als geheim- oder staatsfeindlich zu betrachten. Die Zusammenschließung von Wiking mit Olympia zu einem Wehrbund sei nicht genügend geklärt. Es stehe vor allem in subjektiver Beziehung nicht fest, um das, was dem Wiking zur Last falle, auch der Olympia in die Schuhe zu schieben. Weiter sei nicht festgestellt, ob den Mitgliedrn der Olympia die geheimen Ziele des Wiking bekannt gewesen seien, und ob sie den Wiking hätten unterstützen wollen. Der Beschluß des Staatsgerichtshofes vom 13. Oktober 1926, durch den das Verbot von Olympia aufgehoben wurde, müsse daher aufrechterhalten werden. Das Gericht habe keine Bedenken gehabt, die Zulässigkeit der Beschwerde zu bejahen.

Die Verkündung des Beschlusses wurde in voller Ruhe aufgenommen. Kapitän Ehrhardt wurden beim Verlassen des Gerichtssaales von seinen Anhängern lebhafte Kundgebungen bereitet.

Die Besoldung der Beamten.

Der preußische Haushalt.

b **Berlin**, 30. April. Heute tritt der Hauptausschuß des preußischen Landtages zusammen, um die endgültige Festlegung des preußischen Etats vorzunehmen. In den letzten Tagen hat über den Etat eine Vorbesprechung stattgefunden, wobei Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff ein ausführliches Bild der gegenwärtigen Finanzlage Preußens abgegeben hat. Der Finanzminister bezeichnete laut „Vossischer Zeitung" die Lage des Etats als sehr gespannt und mahnte zur äußersten Sparsamkeit. Insbesondere müßten alle Anträge auf Höherstufung von Beamten und Schaffung neuer Beamtenstellen vorläufig unterbleiben. Das könne auch ganz gut geschehen, weil er mit dem Reichsfinanzminister Dr. Köhler übereingekommen sei, die allgemeine Neuregelung der Beamtengehälter bestimmt noch vor Weihnachten durchzuführen, und zwar werden sie im Durchschnitt eine zehnprozentige Gehaltserhöhung ergeben. Die neu angeforderten Gesamtbewilligungen erforderten die Summe von 12 Millionen Mark. Der Finanzminister hofft aber, bei günstigem Eingang der aus der Hauszinssteuer fließenden Mehrbeträge trotz dieser höheren Ausgaben den Haushalt im Gleichgewicht halten zu können.

Ein Nachspiel zum Falle Brecht.

Der frühere Ministerialdirektor und Leiter der Verfassungsabteilung im Reichsministerium des Innern Dr. Brecht, der bekanntlich von Herrn von Keudell in den Ruhestand versetzt worden ist, um einem deutschnationalen Beamten, Herrn von Kameke, Platz zu machen, ist, wie bereits berichtet, von der preußischen Regierung als Ministerialdirektor übernommen und zum stellvertretenden Bevollmächtigten Preußens im Reichsrat ernannt worden. Damit ist, wie die rechtsstehenden Berliner Blätter meinen, Rache genommen und Herrn von Keudell, der meistens im Reichsrat präsidiert, ein ihm unbequemer Mann vor die Nase gesetzt worden. Sicher hat die Betreuung Brechts mit einem bedeutsamen preußischen Amte von demselben Rang, wie er es im Reiche hat verlassen müssen, ob gewollt oder ungewollt, eine Spitze gegen diejenigen, die Brecht im Reiche abgesägt haben. Daß so etwas möglich ist, ist natürlich nicht erfreulich. An sich hat, wie wir zu wissen glauben, früher schon bei der preußischen Regierung die Absicht bestanden, Herrn Brecht in ihren Dienst zu übernehmen, und zwar sogar als Staatssekretär im Ministerium des Innern, was Herr Brecht aber damals mit Rücksicht auf die in seinem Ressort laufenden Arbeiten abgelehnt hat, da er diese zu einem gewissen Abschluß zu bringen wünschte. Rechtlich ist an dem ganzen Vorgange nichts zu bemängeln, denn auch die preußische Regierung hat es voll in der Hand, politische Beamte in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen.

*

Ausführungsbestimmungen zum Arbeitszeitnotgesetz.

‡ **Berlin**, 29. April. In der letzten Nummer des Deutschen Reichs- und Preußischen Staatsanzeigers sind die Ausführungsbestimmungen des Reichsarbeitsministers zum Arbeitszeitnotgesetz verkündet. Es handelt sich um zwei Verordnungen. Die eine grenzt die Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten im Sinne des Absatz 1 des § 9 der Verordnung über die Arbeitszeit ab, während die andere eine Ergänzung der früheren Ausführungsbestimmungen des Reichsarbeitsministers vom 17. April 1924 darstellt. Beide Verordnungen treten gleichzeitig mit der Arbeitszeitnotverordnung am 1. Mai in Kraft.

Die heutige Ausgabe umfaßt 20 Seiten.

Zum 1. Mai.

Die Zerrüttung des Sozialismus.

Von Abg. Andre-Stuttgart.

Weltfeiertag! „Alle Räder stehen still, wenn ein starker Arm es will", so rufen die Genossen den Proletariern zu und die letzteren glaubten es! Das war schlimm, solche Selbsttäuschung über die eigene Kraft oder Schwäche kann unangenehme Folgen haben. Sie sind da! Der Sozialismus als wissenschaftliche Lehre, als neues volkswirtschaftliches System hat ein großes Loch bekommen.

Vor 20 und 30 Jahren war der Sozialismus viel mehr gefürchtet, als heutzutage. Das hatte seine verschiedenen Gründe. Er gebärdete sich nicht nur sehr radikal, sondern er war es auch und seine Führer glaubten an die Kraft und Macht der sozialistischen Idee!

Heute und Morgen. Der Sozialismus ist verspießbürgert. Seine Führer sind — von wenigen Ausnahmen abgesehen — Parteiredner mittlerer Garnitur. Und was reden sie? Ach, es sind tausend Kleinigkeiten, Tagesfragen, Personalien und etwas von Politik! Wo aber sind die sozialdemokratischen Redner hingekommen, die mit feurigen Zungen zu den Massen sprechen und das Lob, die Schönheit, Weisheit und Leistungsfähigkeit der kommenden sozialistischen Herrlichkeit verkünden? Verkünden mit Glaubenskraft und eigener, hingebender Überzeugungstreue? Sie sind nicht mehr da, diese Männer und Frauen.

Und warum nicht? Hier die Antwort:

1. Deutschland hatte seine Revolution! Die Sozialdemokraten bekamen daran anschließend 46 Prozent aller Stimmen bei den Wahlen zur Nationalversammlung. Sodann mußten sie in der Regierung zeigen, was sie können. Es war nicht allzu viel! Es wurde auch mit Wasser gekocht! Die „Genossen" bezahlten Lehrgeld! Sie lernten aber auch erkennen, wie schwer, ja wie unmöglich es ist, unter den heutigen weltwirtschaftlichen Verhältnissen den Sozialismus in Deutschland zur Herrschaft gelangen zu lassen. Dessen Durchführung würde ja die größte Katastrophe für die deutsche Arbeiterschaft selbst bedeuten; unliebsame Gäste würden am Wege stehen. Sie heißen: Arbeitslosigkeit, Zusammenbruch der Wirtschaft, Not, Elend, Verzweiflung, Bürgerkrieg, Diktatur und soziale Reaktion! Darum „Genossen": Redet ihr nicht mehr vom Sozialismus, redet ihr lieber gegen das Zentrum, gegen Stegerwald und alle die „reaktionären" christlichen Arbeiterführer! „Wir Sozialdemokraten gehören ja nicht zur Regierung, trotzdem wir Träger des neuen Staatsgedankens sein wollen", bekannte jüngst ein sozialdemokratischer Abgeordneter. Es ist eben leichter, in Oppositionsstellung sich zu befinden, als politische Verantwortung zu übernehmen und in sachlicher Arbeit die Schwierigkeiten auf sozialem und politischem Gebiet zu meistern. Der deutsche Sozialismus hat sich selbst für unfähig gehalten, politisch zu führen; er ist daher noch viel weniger imstande, das wenig ideale kapitalistische Wirtschaftssystem zu beseitigen und an dessen Stelle eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufzurichten. Daran glaubten die Führer nicht mehr; es wird auch in Deutschland der Zeitpunkt kommen, wo die sozialdemokratischen Massen erkennen werden, daß sie mit ihrem Glauben an den „Sozialismus" auf dem „Holzwege" waren.

2. Auch im Ausland hat der Sozialismus vielfach die gleiche oder ähnliche Entwicklung durchgemacht; sein Einfluß hat sich verringert.

Die englische Arbeiterpartei will gar keine rein sozialistische Partei sein; sie ist es auch nicht!

In Frankreich haben die sozialdemokratischen Gruppen heute weniger zu sagen und zu bedeuten, als selbst vor dem Kriege. Einen „Erlöser" bedeutet der Sozialismus für's französische Arbeitervolk bestimmt nicht.

Italien! Der frühere Sozialistenführer Mussolini beherrscht den Staat, aber nicht als Sozialist, sondern als Faszist! Der Sozialismus ist bis auf weiteres in Italien zur Strecke gebracht. Soziale Reformen werden nicht mit ihm, sondern gegen ihn zur Durchführung gebracht. Die Gewerkschaften sind entrechtet, kalt gestellt.

In Rußland hat der Sozialismus als volkswirtschaftliches System sich ausgewirkt. Die Bolschewisten hatten den Mut, den Marxismus praktisch durchzuführen. Zehntausende haben dabei ihr Leben lassen müssen. Das Land ist verarmt. Die Industrie liegt darnieder. Es fehlen die führenden Köpfe, wie die Qualitätsarbeiter! Das russische Proletariat verdient wenig und lebt unter viel schlechteren Existenzbedingungen, als die deutsche Arbeiterschaft. 85 Prozent der russischen Bevölkerung gehören dem Bauernstand an. Nur dadurch kann sich das bolschewistische System überhaupt halten. Für Deutschland wäre es der Untergang. Das russische Beispiel ist eine Warnung auch an den deutschen Sozialismus!

Amerika! Der Sozialismus hat über dem großen Teich nicht viel zu bedeuten. Der amerikanische Arbeiter wird Bürger! Er ist nicht so wirklichkeitsfremd wie der deutsche Sozialist! Er sieht, daß er zu einem Eigenheim kommt, Auto fahren kann und gestützt auf die eigene Kraft, durchs Leben kommt. Für den Sozialismus hat man trotz aller kapitalistischen Entwicklung in Amerika weder Raum, noch Zeit, noch Geld übrig! Es geht auch anders!

Das hochkommende Japan hat zwar auch eine sozialistische Bewegung, aber sie hat keinen maßgebenden Einfluß.

Von der Besprechung der kleineren Industrieländer kann abgesehen werden; in den Agrarstaaten hat der Sozialismus so wie so nichts oder nur wenig zu bestellen. Selbst in Österreich, wo er seit Jahren in schärfster Opposition befand, brachten ihm die letzten Wahlen keinen Erfolg.

Alles in allem: Der Sozialismus als volks- und weltwirtschaftliches System ist erledigt. Die sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung hat sich als unmöglich erwiesen, bevor sie da war! Der Sozialismus selbst fußt in kapitalistischen Gedankengängen, in der materialistischen Geschichtsauffassung. Er hat den Kapitalismus nicht beseitigt und kann ihn auch nicht beseitigen. Er hat nur auf einem Gebiet Erfolg gehabt und das heißt: Er hat seine Anhänger kirchlich entfremdet und geistig verarmt; sie zu Klassen- und nicht zu Staatsmenschen gemacht. Demgegenüber ist es nun Aufgabe der Deutschen Zentrumspartei, ruhig und sachlich an der Hebung des schaffenden Volkes in Stadt und Land zu arbeiten, seine materielle Lage im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen zu verbessern, seine kulturellen Güter zu schützen und echte staatsbürgerliche Gesinnung zu wecken und zur Entfaltung zu bringen. Das ist die beste Antwort gegenüber dem Sozialismus der Phrase, der sich regelmäßig am 1. Mai in den verschiedenen Variationen auswirkt, der aber die übrige Welt nicht mehr zu schrecken vermag. Das ist vorbei! Der Sozialismus zehrt von der Vergangenheit. Er ist alt geworden. — Das freie Wahlrecht ist da, das gleiche Recht auch, Demokratie und Republik! Der Sozialismus aber steht auf der Seite, kritisiert und überläßt den „Anderen" die politische Führung! Welche Zerrüttung und welche innere Hohlheit des Sozialismus an diesem 1. Mai 1927.

Deutsche Eisenbahnsachleute in England.

w **London**, 29. April. (Tel.) 98 deutsche Eisenbahnsachverständige trafen heute in London ein um die Eisenbahnverhältnisse in London zu studieren. Sie werden 10 Tage dort bleiben. Der Besuch ist eine Erwiderung des Besuches englischer Sachverständiger in Deutschland während des letzten Jahres.

Die Verhandlungen mit Südslawien und Rumänien.

Berlin, 29. April. Zu den Nachrichten, nach denen Südslawien beabsichtigt, mit Deutschland einen Schiedsgerichtsvertrag abzuschließen, erfahren wir an zuständiger Stelle, daß eine derartige Anregung von südslawischer Seite bisher noch nicht in Berlin gegeben worden ist. Bekannt ist, daß Anfang Mai die Handelsvertragsverhandlungen mit Südslawien ihren Anfang nehmen sollen und man geht wohl kaum in der Vermutung fehl, daß man zunächst bemüht sein dürfte, die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern zu regeln, ehe die Frage des Schiedsgerichtsvertrages spruchreif wird.

Was die Verhandlungen mit Rumänien betrifft, so steht ein Termin für den Beginn der offiziellen Verhandlungen bisher noch nicht fest. Der als rumänischer Vertreter genannte ehemalige Finanzminister Lapedatu, der in diesen Tagen in Berlin eintreffen soll, ist offiziell noch nicht zum Verhandlungsleiter bestimmt worden, sondern sein Berliner Besuch gilt zunächst dem Studium der Währungsfrage, wobei er allerdings Fühlung mit der Regierung nehmen wird, so daß man wohl mit einem baldigen Beginn der offiziellen Verhandlungen rechnen kann.

Deutsches Reich

Ministerfahrt ins Hochwassergebiet.

b **Berlin**, 30. April. Am Freitag unternahmen der Reichsverkehrsminister Dr. Koch und Reichsernährungsminister Dr. Schiele eine Reise durch das Überschwemmungsgebiet der Havel und Elbe. Die Fahrt führte von Rathenow nach Wittenberge und gab ein anschauliches Bild von der Verwüstung durch das Hochwasser. Im Kreise Westhavelland hat die Havel 40 000 Hektar in der Prignitz die Elbe 12 000 Hektar überflutet. Besonders groß ist der Hochwasserschaden in den Gebieten der unteren Havel. Im Mittelpunkt des Interesses stand während der Fahrt die Aussprache über die Regulierung der Havel und Elbe, die nach Bildung des Elbe-Hilfskomitees von den Interessenten mit Nachdruck gefordert wird. Reichsverkehrsminister Koch besichtigte bei Wittenberge auch das Ueberschwemmungsgebiet der Carthane und der Stepnitz und nahm bei dieser Gelegenheit das Wort. Er führte dem B. T. zufolge u. a. aus, daß man im Ministerium die Notwendigkeit der Regulierung der Havel überall anerkannt habe, und daß man sich über die Notwendigkeit klar sei, daß Projekt der Verlegung der Havelmündung mit großer Eile fertig zu stellen.

Zentrum und Bayerische Volkspartei.

München, 29. April. In einer Versammlung des oberbayerischen Christlichen Bauernvereins kam der Reichstagsabgeordnete Dr. Horlacher gestern auf das Verhältnis zwischen der Bayerischen Volkspartei und dem Zentrum zu sprechen. Er betonte, auf staatspolitischem Gebiete seien die beiden Parteien noch nicht vollständig im Reinen. Es sei ein Irrtum zu glauben, daß bei einer Zusammenarbeit die Bayerische Volkspartei irgend etwas von ihrem Programm aufgeben würde Historisch Gewachsenes müsse bestehen bleiben. Es könne nur eine Zusammenarbeit erfolgen in Fragen, die die beiden Parteien weltanschaulich gleichmäßig berührten.

Die Hamburgische Bürgerschaft gegen die Finanzpolitik des Reiches.

w **Hamburg**, 29. April. Die Hamburgische Bürgerschaft nahm heute eine sozialdemokratische Entschließung an, die gegen die Finanzpolitik des Reiches schärfsten Widerspruch erhebt und die Erwartung ausspricht, daß die Reichsregierung bei der endgültigen Regelung des Finanzausgleiches zu einem den Ländern gerecht werdenden Ausgleich kommen werde. Insbesondere erblickt die Entschließung in der Annahme der Aenderung der Biersteuer im Reichstage mit einfacher Mehrheit eine Verletzung der Verfassung, weil die Abänderung des Gesetzes nur mit einer für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Mehrheit erfolgen dürfe. Der Senat wird ersucht, diese Entschließung der Reichsregierung zu übermitteln.

Die Regierungsbildung in Thüringen.

tu **Weimar**, 30. April. Das vorgeschlagene Beamtenkabinett wurde soeben mit 29 gegen 25 Stimmen gewählt. Die Deutschnationalen haben nach einer scharfen Erklärung gegen die Taktik der Demokraten dem Kabinett als einer Notlösung zugestimmt. Ebenso entschlossen sich in letzter Stunde die beiden Nationalsozialisten, für das Kabinett zu stimmen. Enthalten hat sich der Stimme der Abg. Tell. Dagegen stimmten die Sozialdemokraten und die Kommunisten. Der kommunistische Antrag auf Landtagsauflösung wurde sodann gegen die Stimmen der Kommunisten bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten und Nationalsozialisten abgelehnt. Die nächste Landtagssitzung findet am 17. Mai statt.

Aus aller Welt.

Die Liquidierung des Schulkonfliktes in Oberschlesien.

tu **Kattowitz**, 30. April. Die Schulabteilung der Wojewodschaft hat an sämtliche Eltern, deren Kinder bisher von der Aufnahme in die Minderheitenschulen ausgeschlossen waren, ein Rundschreiben gerichtet mit der Aufforderung, ihre Kinder bis zum 5. Mai zur Prüfung bei den Rektoren der Minderheitenschulen anzumelden. Gleichzeitig werden die Eltern darauf aufmerksam gemacht, daß die Kinder nachträglich einer Prüfung durch einen Delegierten des Völkerbundes unterzogen und bei ungünstigem Ausfall der Prüfung der polnischen Schule überwiesen werden würden.

Lebenslängliches Zuchthaus statt Todesstrafe für Pajauj's.

b **Kowno**, 30. April. Staatspräsident Smetona hat den Seimabgeordneten Josef Pajaujis, den Oberleutnant Erich Tarnau und den Sergeanten Semaitis, die alle drei vom Feldgericht zum Tode verurteilt worden waren, begnadigt und die Todesstrafe in lebenslängliches Zuchthaus ungewandelt.

Holländisch-belgische Verhandlungen über die Plakat-Zwischenfälle.

w **Amsterdam**, 29. April. (Tel.) Nach dem „Allgemeinen Handelsblatt" stattete gestern der niederländische Gesandte in Brüssel dem belgischen Außenminister einen Besuch ab, wobei u. a. die letzten Zwischenfälle in Holländisch-Limburg zur Sprache kamen und dem Gesandten versichert wurde, daß die belgische Regierung etwaige neue Zwischenfälle so weit wie möglich verhindern werde.

Gegen die englische Gewerkschaftsvorlage.

w **London**, 29. April. (Tel.) Heute wurd der große Kongreß der organisierten Arbeiterschaft gegen die Gewerkschaftsvorlage der englischen Regierung eröffnet, an der Vertreter von nahezu 4 Millionen organisierter Arbeiter teilnahmen. Die erste Abstimmung zeigte, daß die Mehrheit gegen extreme Maßnahmen war. Ein zu der vorliegenden Entschließung eingebrachter Abänderungsantrag, durch den der Generalrat des Gewerkschaftskongresses ermächtigt werden sollte, nötigenfalls einen neuen Generalstreik vorzubereiten, wurde abgelehnt. Die Entschließung, in der zum geschlossenen Widerstand „wegen des skrupelhaften Versuches der Regierung", die Arbeiterbewegung zu zerstören, aufgerufen wird, wurde angenommen.

Amerikanische Vermittlung in Nicaragua.

w **Managua**, 28. April. (Tel.) Drei Vertreter der aufständischen Liberalen sind auf einem amerikanischen Torpedobootzerstörer von Puerto Cabezas nach Corinto abgereist, von wo sie sich nach Managua begeben werden, um mit der konservativen Gegenpartei in Friedensverhandlungen einzutreten. Es verlautet, daß der in besonderer Mission hier weilende frühere amerikanische Kriegssekretär Simson die folgende Lösung vorschlegen wird: 1. Präsident Diaz bleibt bis Dezember 1928 im Amte. 2. Beide Parteien liefern sofort die Waffen ab. 3. Die Liberalen werden aufgefordert, an der Regierung teilzunehmen. 4. Im Jahre 1928 finden unter der Aufsicht der Vereinigten Staaten unbeeinflußte Wahlen statt.

Der deutsche Gesandte Rauscher ist heute in Warschau eingetroffen. Er wird sich in einigen Tagen nach Berlin begeben.

In dem Befinden des deutschen Botschafters in Paris, von Hösch, ist eine Besserung zu verzeichnen. Zwecks vollständiger Genesung wird Botschafter von Hösch wahrscheinlich Ende nächster Woche einen längeren Urlaub antreten.

Aus der Praxis des ländlichen Siedlungswesens.

Von Landrat Dr. Schoenkaes-Warburg.

Der Charakter der deutschen Wirtschaft hat sich im Laufe des letzten Jahrhunderts grundlegend gewandelt. Nach den Freiheitskriegen lag das Schwergewicht durchaus in der Landwirtschaft, die drei Fünftel der Gesamtbevölkerung ausmachte. Der größte Teil des Volkes lebte von der Scholle. Der Boden und seine Erzeugnisse waren weit überwiegend der Grundstock des deutschen Nationalvermögens; das Volkseinkommen floß hauptsächlich aus agraren Quellen, der deutsche Boden ernährte sein Volk. Und nicht nur das: er hatte Überschuß für fremde Völker, die preußischen Ostprovinzen waren Ausfuhrgebiete für Getreide nach England. Es war die Zeit, da die Londoner Getreidebörse mit Recht den Namen „Baltic" führte, die Zeit, da fremde Schiffe mit Industrieerzeugnissen deutsche Häfen aufsuchten und mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen oder deutschen Auswanderern unsere Häfen verließen, die Zeit, da die Ostseehäfen mehr in Blüte standen als die Nordseehäfen.

Wie völlig anders sieht das Bild der deutschen Volkswirtschaft in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch aus! Aus dem 40 Millionen-Volk ist ein 70 Millionen-Volk geworden. Und wenn im ersten Zeitabschnitt über die Hälfte der Bevölkerung auf dem Lande und die andere in den Städten lebte, so wohnen jetzt nur noch 17 Millionen auf dem Lande und 53 Millionen in den Städten. Schon aus der Verschiebung in der Siedlung ersieht man die Verschiebung der Einkommensquellen des deutschen Volkes. Die Industrie ist gewaltig emporgewachsen, die Massen leben von ihr. Gewerbe und Handel stehen in höchster Blüte Was an Volk zuwächst, ist Gewinn der Städte und der Industrie. Ungeheure Menschenmassen stauen sich in den Großstädten des Westens und des mittleren Deutschlands, die deutsche Auswanderung hat aufgehört Was unsere Wirtschaft an fremdrassigem Volk von allen Seiten zusammensaugt, ist so viel, daß es ernsthafte Bedenken erregt. Diese moderne deutsche Wirtschaft, gewaltig stark geworden durch den Absatz auf heimischem Markt, kann von ihm allein nicht mehr leben. Rohstoffe des Auslandes müssen eingeführt werden gegen Fertigfabrikate von uns. In den deutschen Nordseehäfen, in Rotterdam, Antwerpen pulst der Verkehr, der Deutschland mit tausend Fäden in die Weltwirtschaft verknüpft. Unser Volk lebt mehr und mehr von der gewerblichen Einfuhr Auf die See spannt sich der Blick, das wachsende Volk kann nur leben, wenn es für fremdes Volk arbeitet. Wie fern liegt die Zeit, da Getreide unser einziges Ausfuhrgut war! Was heute hinausgeht, ist von Stahl und Eisen, sind chemische Produkte und andere Erzeugnisse deutschen Gewerbefleißes. Und was hineinkommt, sind überwiegend fremde gewerbliche und landwirtschaftliche Rohstoffe. Das Reich ist Weltwirtschaftsmacht geworden, marschiert technisch an erster Stelle.

Der Weltkrieg hat diese Entwicklung mit einem Schlage zerstört. Die außereuropäischen Kontinente — — vordem von Europa wirtschaftlich beherrscht — werden fortschreitend industrialisiert. Abgesehen von den Vereinigten Staaten haben Südamerika, Afrika, Indien, Japan, Australien eigene, und zwar Fertigindustrien entwickelt und dadurch sind der Ausdehnung der europäischen, insbesondere der deutschen Industrie, Grenzen gezogen. Die deutsche Industrie ist wesentlich auf den inneren Markt angewiesen. Und damit ist die Frage der Herstellung eines Gleichgewichts zwischen Industrie und Landwirtschaft eine Lebensfrage des deutschen Volks geworden. Ohne die notwendige Industrie zu vernachlässigen, muß daher die heimische Landwirtschaft anders als bisher gepflegt werden, insbesondere das agrar- und bevölkerungspolitische Problem: die innere Kolonisation.

Nach den Erfahrungen des Krieges, bei dem anhaltenden Bevölkerungszuwachs ist die Urbarmachung allen hierzu geeigneten Ödlandes im Interesse der Volksernährung, wie zur Vermeidung der Lebensmitteleinfuhr eine dringende Notwendigkeit, ebenso wie mit Rücksicht auf den Rückstrom der Stammesgenossen aus dem Ausland und den Verlust der Kolonien die schleunige Schaffung einer möglichst großen Zahl selbständiger Ackernahrungen unabweisbar notwendig geworden ist. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung bietet der Industrie neue Absatzmöglichkeiten, der innere Markt wird gestärkt. Wenn die Milliarden, die heute für Milch, Eier, Butter, Käse, Schmalz Fleisch, Gemüse und Obst an das Ausland gezahlt werden, im Lande blieben, dann könnte natürlich ein beträchtlicher Teil der industriellen Produktion im Inlande mehr abgesetzt werden. Gerade in diesem Zusammenhange aber gewinnt die Siedlungstätigkeit eine ganz besondere Bedeutung. Denn Viehzucht, Geflügelzucht und Obstbau sind bislang in besonderem Maße Arbeitsgebiete der kleinen und mittleren Betriebe gewesen, während der Körnerbau mehr die Domäne des Großbetriebes war. Da Siedlungstätigkeit weiter vermehrte Arbeitsgelegenheit in Landwirtschaft und Industrie bedeutet, hilft sie, die Erwerbslosigkeit beheben wie auch das Baugewerbe und die landwirtschaftliche Maschinenindustrie an einer umfassenden Siedlungstätigkeit lebhaft interessiert ist. Nicht zuletzt aber muß die Siedlung der ungesunden Abwanderung vom Lande entgegenwirken, muß die nachgeborenen Bauernsöhne und Landarbeiter seßhaft machen. In zahlreichen ländlichen Kreisen, insbesondere des Ostens, wurde durch Volkszählung festgestellt, daß sich 1910 weniger Einwohner hatten als 1871. Gegenüber einem Reichsdurchschnitt von 120 Personen auf den Quadratkilometer und gegenüber einem Durchschnitt im Osten von 60 Personen auf den Quadratkilometer wurden in großen Bezirken des Ostens 20, ja 2 bis 12 Einwohner auf den Quadratkilometer gezählt. Jährlich wandern 350 000 Menschen vom Lande in die Stadt, wo sie in ungenügenden Wohnungen mangels geeigneter Beschäftigung allen körperlichen und seelischen Gefahren der Großstädte preisgegeben sind. Dabei sollte das Land der Quell sein, von dem immer wieder gesundes Blut zu fruchtbringender Tätigkeit herausprudelt!

Mehr wie in einer Hinsicht ist daher die Siedlungsfrage eine Schicksalsfrage unseres Volkes, nicht nur der Landwirtschaft und des flachen Landes, sondern auch der Industrie und der Städte. Das ist von Reich und Staat erkannt und es ist besonders erfreulich, daß das preußische Landwirtschaftministerium sich nunmehr erfolgreich in mehr erfolgreich in dieser Frage durchgesetzt hat. 91 große Güter mit 160 000 Morgen sind zu verhältnismäßig günstigen Bedingungen rechtzeitig angekauft und zum großen Teil bereits aufgeteilt. Größere Mittel sind auch zur Kultivierung von Ödländereien bereitgestellt. Nach einem Gutachten des Reichswirtschaftsrates haben wir in Deutschland noch 15 bis 18 Millionen Morgen Moor- und Heideländer, von denen mindestens 10 Millionen Morgen kulturfähig sind, die heute ertraglos daliegen und die bei vorsichtiger Schätzung die gesamte Einfuhr vom Auslande ersparen und Siedlungsland für etwa 200 000 mittelbäuerliche Betriebe bieten können Diese Art von Siedlung (Westsiedlung) kann naturgemäß erst allmählich praktische Erfolge zeitigen Sie kommt für Westfalen nur in geringem Umfange in Betracht Praktisch interessiert uns zur Zeit mehr die Ostsiedlung, d. h. die Ansetzung von Landwirten, Landarbeitern und Handwerkern auf ausgelegten Siedlungsstellen des Ostens.

Mit Rücksicht auf gewisse Erfahrungen meines Kreises, aus dem durch unsere Vermittlung eine Reihe von Ansiedlungen bereits erfolgt sind und weiter etwa 50 Siedler, die gekauft haben, oder fest vorgemerkt sind am 1. Juli d. Js. mit Familien übersiedeln — insgesamt kommen 80 bis 90 neue Stellen für den Kreis Warburg in Frage — hat mich die Westfälische Landwirtschaftskammer gebeten, die vorliegenden Zeilen zu schreiben. Die westfälischen Erb- und Auseinandersetzungsverhältnisse, sowie die oben angedeutete Lage und die Zukunftsaussichten der Industrie, zu der die Landbevölkerung bisher abwanderte, bringen es mit sich, daß die nachgeborenen Bauernsöhne ebenso wie die nachgeborenen Söhne von seßhaften Landarbeitern und ländlichen Handwerkern mit kleinen landwirtschaftlichen Betrieben, sowie die früher in die Industrie abgewanderten Nachkommen der ländlichen Bevölkerung keine Möglichkeit sehen, in der Heimat eine selbständige, befriedigende Existenz sich zu gründen. Der relativ dicht bevölkerte Westen mit verhältnismäßig geringem Großgrundbesitz scheidet für die Siedlung in größerem Umfang so gut wie ganz aus, wenn auch hier und da in geringem Ausmaße eine Ansiedlungsmöglichkeit „vom Hofe aus" oder durch Umsiedlung sich ergeben mag. Siedeln heißt nicht, wie man nach der Umwälzung auch bei uns vielfach glaubte, planlos gut bewirtschaftete Güter auftesilen und verschenken. Das Ziel der Siedlung ist vielmehr das, was unser Vaterland schon einmal groß und gesund gemacht hat: die Schaffung eines starken, gesunden Bauernstandes, aus dem alle Kräfte zur Erneuerung des Vaterlandes von selbst herauswachsen. Diese Siedlung im großen ist nur im Osten möglich, wo bis zu 70 Proz. des gesamten landwirtschaftlichen Grundbesitzes auf den Großbesitz fallen und Gütervon dem Umfange eines ganzen hannoverschen oder auch preußischen Kreises keine Seltenheit sind.

Der Staat bedient sich als Mittler für die Aufteilung und die Vergebung der neuen Stellen staatlich unterstützter, gemeinnütziger Siedlungsgesellschaften. Solche bestehen für Ostpreußen und Westpreußen östlich der Weichsel in Königsberg, für Brandenburg in Frankfurt a. O. für Pommern in Stettin, für die Grenzmark Westpreußen-Posen in Berlin (Landbank Berlin S W 11, Dessauerstraße 39), für Schlesien in Breslau und Oppeln.

Für Westfalen kommt als ein Gebiet, welches dem Westen am ähnlichsten ist, die Provinz Schlesien in Frage. Wie in Westfalen gibt es dort schwere und leichte Böden, Hügelland und Ebene, gute und schlechte Verkehrslage, Gegenden mit überwiegend katholischer wie solche mit gemischter Bevölkerung. Gute Erfahrungen haben wir mit der Oberschlesischen Landgesellschaft in Oppeln gemacht, die allen berechtigten Wünschen gegenüber verständnisvolles Entgegenkommen zeigte. Zu ihrem Bereich gehören: alle Kreise der Provinz Oberschlesien mit Ausnahme des engen Industriebezirks Beuthen, Gleiwitz und Hindenburg, und zwar links der Oder die Kreise Ratibor, Neustadt, Leobschütz, Neiße, Falkenberg und Grottkau und rechts der Oder Tost, Gleiwitz, Gr. Strelitz, Restkreis Lublinitz, Rosenberg, Kreuzburg und Oppeln. Vorgesehen sind für die westfälischen Siedler in erster Linie die Kreise rechts der Oder, da hier die ganzen Verhältnisse die günstigsten Existenzbedingungen für die hiesigen Landwirte bieten. Die Bodenverhältnisse sind dort sehr verschieden. Wir haben im Durchschnitt daselbst mittleren und leichteren Boden, der für eine intensive Bodenbearbeitung sehr dankbar ist und alle Früchte trägt. Das Klima ist in Oberschlesien im allgemeinen rauh und zeigt deutlich die Übergänge vom Seeklima zum Kontinentalen. Die Durchschnittstemperatur im Frühjahr ist bedeutend geringer als im Spätherbst, die Niederschlagsmengen sind verhältnismäßig groß, am bedeutendsten während der Sommermonate. Der mittlere Barometerstand beträgt 735 Millimeter.

Die Siedlungsstellen haben eine Größe von durchschnittlich 60—80 Morgen. Im einzelnen ist die Schaffung einer Bauernstelle von folgenden rein wirtschaftlichen Erwägungen abhängig; die Größe einer Siedlungsstelle richtet sich nach der Güte des Bodens. Bei leichteren Boden, wie er sich in den Kreisen Rosenberg und Gleiwitz befindet, werden die Stellen 70 bis 100 Morgen groß, bei schwerem Boden in den Kreisen Leobschütz, Grottkau und Ratibor zirka 60 Morgen Erfahrungsgemäß sind bei diesen Größen die Siedler ohne fremde Hilfe in der Lage, einen voll ausreichenden Lebensunterhalt zu finden. In meinem früheren Kreise Großen an der Oder galten in dem Teile mit leichtem Sandboden die Besitzer von 40 Morgen schon als „Ganzbauer", und die „Büdner" und auch die „Hüfner" mit 20 bis 30 Morgen hatten ihr gutes Auskommen. — Restgüter werden in Größe von 250 bis 500 Morgen ausgelegt, wie wir den Ankauf eines solchen von 500 Morgen und eines von 300 Morgen für einen Kreiseingesessenen vermittelt haben.

Eine 60 bis 80 Morgen große Stelle mit Wohn- und Wirtschaftsgebäuden kostet im Durchschnitt etwa 25—30 000 Mk. Der Preis richtet sich nach der Güte des Bodens und der Anzahl der vorhandenen Gebäude. Jedoch geht er nicht über Mk. 200 bis 300 pro Morgen für mittleren Boden hinaus. Der Kaufpreis für die vorhandenen alten Gebäude beläuft sich normaler Weise auf etwa 6—7000 Mk. An Umbaukosten sind durchgängig 6 bis 8000 Mk. einzusetzen, so daß im allgemeinen ohne Inventar die Gesamtkosten sich auf zirka 25 000 Mark belaufen. Wo Neubauten im ganzen Umfang notwendig sind, erhöhen sich die Gesamtkosten entsprechend, so daß für ein neuausgebautes Gehöft, Wohngebäude, Stallgebäude und Scheune 16—17 000 Mk. zu rechnen sind. Dazu kommt der nackte Boden mit 12 000 bis 15 000 Mk., also insgesamt 28—32 000 Mk. Diese Baukosten können jedoch erfahrungsgemäß bedeutend verringert werden, wenn die Siedler mit ihren Familienangehörigen beim Bau behilflich sind. Dabei ergeben sich erfahrungsgemäß Ersparnisse von 3—4000 Mk. Zum Um- bezw. Neubau werden Hauszinssteuerdarlehen bis Mk. 8000 zur Verfügung gestellt, die mit 1 Proz. zu verzinsen sind. — An Inventar werden für je drei Stellen 1 Drill-, 1 Hack-, 1 Kartoffelrodemaschine, 1 Düngerstreuer und 1 Pferderechen und für jede Stelle 1 Grasmäher geliefert Außerdem teilweise das notwendige lebende Inventar, wenn der Siedler es nicht mitbringt oder es sich an Ort und Stelle nicht selbst kaufen will.

Von dem Gesamtkaufpreis hat der Siedler durchschnittlich ein Fünftel, also etwa 4—7000 Mk. anzuzahlen. Die Siedlungsgesellschaft kommt bei der Anzahlung in jeder Weise entgegen und nimmt auf die persönlichen Verhältnisse der einzelnen Käufer die größte Rücksicht. Das Restkaufgeld für das Siedlungsgut wird zu etwa 5 Proz. gestundet und ist in 40 Jahren abzutragen, so daß sich die Belastung pro Morgen im Durchschnitt auf 15 Mk. stellt. Von Staatssteuern sind die Siedler vorläufig 5 Jahre befreit. Die Übergabe findet am 1. Juli mit voller Ernte statt, die nicht besonders bezahlt werden braucht. Dadurch kommen die Siedler früh in den Besitz von Wirtschaftsgeld, da sie die Ernte alsbald mobilisieren können.

Große Schwierigkeiten macht zumeist die Aufbringung der Anzahlung. Ein Vater, der seinem Sohne an sich 6—8000 Mk. als Abfindung geben kann, hat das Geld unter heutigen Verhältnissen nicht zur Verfügung. Leihen kann er nur zu für die Landwirtschaft untragbaren Zinsen. Da eine genügende Anzahlung aber unbedingte Voraussetzung für die Ansiedlung ist, scheitert die Möglichkeit, dem Sohne eine Existenz zu verschaffen, vielfach an der Anschaffung der Anzahlungsgelder. Hier muß die Hilfe eines größeren Verbandes einsetzen. Als solcher dürfte angesichts der Bedeutung und des Umfanges der ganzen Aktion die Provinz in Frage kommen Die Provinz wird zur Beleihung der Vaterstellen Mittel zu tragbaren Zinssätzen zur Verfügung stellen müssen, die der Vater durch seinen Besitz sichern läßt und für die er die Zins- und Amortisationssätze entrichtet, während der Sohn das Geld als Abfindung bekommt. Wir zweifeln nicht, daß die in allen Notfällen hilfsbereite Provinz Westfalen auch in diesem dringlichen Falle einspringen wird.

Die Absatz- und Verkehrslage ist mit Rücksicht auf die Nähe des Industriegebietes für sämtliche Kreise Oberschlesiens gut. Bei dem großen Verbrauch an Schweinefleisch ist Schweinezucht besonders wirtschaftlich. Die industriellen Arbeiterkreise treten hier besonders als Konsumenten auf. Großer Wert wird auf wirtschaftliche und nationale Zuverlässigkeit der Siedler gelegt Außerdem erfordern es die konfessionellen Verhältnisse Oberschlesiens, daß nach Möglichkeit in den katholischen Gegenden katholische Landwirte angesiedelt werden, um den Siedlern ein leichteres Einleben mit der einheimischen Bevölkerung zu ermöglichen, sowie unnütze Ausgaben in öffentlich-rechtlicher Beziehung (Kirche und Schule) zu zu vermeiden. Links der Oder liegen auch die evangelischen Bezirke.

Die Arbeitersiedlungen bestehen aus Wohnhaus mit Stallung und 8 Morgen Land und kosten 10—12 000 Mk Davon brauchen nur 1000 Mk. angezahlt werden, das Restkaufgeld in Höhe von zirka 9000 Mk. wird gestundet, und zwar Mk 6000 zu 1 Proz. Zinsen und 3000 Mk mit 3 Proz. Zinsen. Für die betreffenden Kleinsiedler ist im übrigen Arbeitsgelegenheit in der Landwirtschaft gegeben. Der Kreis Warburg hat noch eine Reihe solcher Siedlungsstellen anhand, die er abtreten kann, da zur Zeit hier kein Bedürfnis besteht — Kriegsbeschädigte Siedler werden bevorzugt. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß die Siedler in die Lage versetzt werden sollen, ohne fremde Hilfe die Stellen zu bearbeiten. Ob den Kriegsbeschädigten ihre Verletzungen die nicht leichten körperlichen Arbeiten gestatten, muß von Fall zu Fall geprüft werden Reichswehrangehörige müssen die Höhe der Reichsbürgschaft durch amtliche Unterlagen beilegen, Flüchtlinge den ihnen zugestandenen Verdrängungsschaden.

Ein von uns gestellter Antrag auf Frachtermäßigung für den Umzug war von der Reichsverwaltung, die nur noch gesetzlich eingestellt ist, abgelehnt, „weil andere Stellen sich darauf berufen könnten", vom Landtag ist aber nunmehr ein entsprechender Antrag an das Staatsministerium gerichtet, der, da es sich um wesentliche Staats- und Reichsinteressen handelt, Erfolg haben wird. — Eine gemeinschaftliche Besichtigung durch größere Gruppen empfiehlt sich nach unseren Erfahrungen nicht, wenn die Fahrt sich auch um 25 Proz. billiger stellt, weil der einzelne ernste Reflektant nicht die notwendige Ruhe zur Besichtigung und Verhandlungen hat. Höchstens 8—10 Siedlungslustige sollten zusammenfahren.

Die Erfahrung hat im übrigen gelehrt, daß der Charakter der geschlossenen Siedlung in seinem inneren Aufbau zu wahren ist, d. h. es sind nur Leute aus demselben Heimatkreis bezw. Heimatort geschlossen anzusetzen. So sind für den Kreis Warburg z. B. gebildet eine Gruppe „Derenthal" für das Gut Wienskowitz, bestehend aus 12 Siedlungen, eine Gruppe „Fehring" für das Gut Koselwitz, bestehend aus 10 Siedlungen, eine Gruppe „Genau" usw.

Von vornherein muß darauf hingewiesen werden, daß nur eine Auslese der wirtschaftlich tüchtigen Kräfte nach Oberschlesien herübergeleitet werden darf. Die Ansetzung in Oberschlesien erfordert für jeden Landwirt aus dem Westen eine Umstellung Sie ist etwas anderes als die Übernahme eines ausgebauten Wirtschaft . Neben Organisationstalent erfordert sie viel Arbeitsfreudigkeit und Leute, die jede Schwierigkeit zu überwinden verstehen. Es müssen Charaktere sein, die sich von vornherein bewußt sind, daß sie sich hier eine gute Existenz nur durch intensive Arbeit schaffen können. Um sich hierüber Gewißheit zu verschaffen, läßt die Landgesellschaft Fragebogen über die wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnisse sowie über nationale Zuverlässigkeit (die Siedlung an der Grenze hat auch nationalpolitische Bedeutung) ausfüllen und von den Behörden beglaubigen.

Wenn Ansiedlung erfolgt, ist die Arbeit der Siedlungsgesellschaft mit der Übergabe der Stelle keineswegs beendet. Weitere dauernde Beratung und Unterstützung der Siedler gehört zu den wesentlichen Aufgaben der Siedlungsgesellschaften, denen ortskundige sachverständige Berater zur Seite stehen, und unter deren sachverständiger Leitung die Auslegung der Stelle und eine zwei- bis dreijährige Bewirtschaftung der Stelle bereits erfolgt ist, bevor sie dem Siedler übergeben wird. Diesbezüglich brauchen deshalb auch keine Bedenken bestehen. Auch die — für westliche Begriffe — vielfach schlechten Wegeverhältnisse, hier und da das noch fehlende elektrische Licht usw. brauchen ebenfalls nicht erschrecken. Um fortgeschrittene westliche Kultur nach dem ländlichen Osten zu bringen, sollen gerade Westfalen in erster Linie dort angesiedelt werden, wenn sie auch von den Schlesiern vorläufig noch als „Eindringlinge" angesehen werden, ebenso wie die Württemberger, die auf einem Gute angesetzt sind, bei dessen Ankauf der Verkäufer die Ansiedlung von Württembergern zur Bedingung gemacht hat. Bei der Durchfahrt durch Westpreußen führte mich der Weg vor drei Jahren auf das Gut eines westfälischen Landwirts aus dem Kreise Warburg, der kurz vor dem Kriege sich dort angekauft hatte Obwohl fremd daselbst, war er nach wenigen Jahren „selbstverständlich" Führer der dortigen Landwirtschaft, und bei der Besichtigungsfahrt an der Grenze seiner von ihm in hohe Kultur gebrachten Besitzung wurde ich auf eine Siedlung hingewiesen, die ich für ein Dorf gehalten hatte. Es war eine Siedlung, die sich „Herford" nannte. Vor Jahrzehnten ausgewandert, hatten sich Bauernsöhne aus Minden-Ravensberg dort angesiedelt und waren — selbstverständlich — alsbald im weiten Umkreis in Westpreußen (Kreis Rosenberg) bekannt und geachtet als vorbildliche und fortschrittliche Landwirte.

Im Mai kommt der Direktor der Schlesischen Landgesellschaft nach Westfalen, um hier persönlich weitere Aufklärungen zu geben. Die zur Zeit abgegebenen Siedlerstellen sind relativ sehr billig, da sie vor Jahren angekauft sind, wo die Grundstückspreise noch niedrig standen. Die späteren Ankäufe werden voraussichtlich etwas ungünstiger werden.

Viele, denen auf der Heimaterde kein Raum bleibt, können also auf deutscher Scholle eine neue Heimat finden. Mögen sie zu ihrem Vorteil und zum Besten von Volk und Vaterland die Gelegenheit nutzen. Staat und Provinz werden ihnen weiterhelfen, eingedenk der Schweyschen Worte:

Bauernfaust und Bauerngeist,
ob man auch selten man sie preist,
sind des Staates Quell und Macht,
treue Wächter Tag und Nacht.
sind im Wald die starken Eichen,
die bei keinem Sturme weichen,
sind die Sieger in der Schlacht.
Wohl dem Staat, der das bedacht.

Die Jahrhundertfeier in Bremerhaven.

⚓ **Bremerhaven**, 30. April. Aus Anlaß des 100jährigen Gedenktages der Gründung Bremerhavens prangt die Stadt in reichem Flaggen- und Girlandenschmuck. Die im Hafen vor Anker liegenden Schiffe haben über die Toppen geflaggt. Kurz nach neun Uhr trafen die Gäste am Columbus-Bahnhof ein, wo ein Frühstück eingenommen wurde. Um zehn Uhr brachte ein Dampfer die Gäste zum Alten Hafen, mit dessen Anlage am 20. Mai 1827 begonnen wurde. Nach der Landung begaben sich die Gäste nach dem Stadttheater, wo um elf Uhr die Gedenkfeier begann. Der Präsident des Bremer Senates, Bürgermeister Dr. Donandt, hielt die Begrüßungsrede Im Anschluß daran nahm der Vorsitzende der Deputation für Häfen und Eisenbahnen, Senator Dr Apelt, das Wort zu einer großen Festrede

Als Vertreter der Reichsregierung nahm dann Reichsaußenminister Dr. Stresemann das Wort. Darauf hielt der amerikanische Botschafter in Berlin, Shurman, eine Ansprache, in der er u. a. darauf hinwies, daß die Schaffung des Hafens von Bremen mit zu den Hauptursachen des Aufstieges Deutschlands zu seiner Weltgeltung gezählt werden müsse. Es sprachen dann die Vertreter der Länder usw. Das Schlußwort sprach Oberbürgermeister Becke-Bremerhaven. Nach der Gedenkfeier fand auf dem Marktplatz am Fuße des Denkmals des Bürgermeisters Schmidt ein kurzer Festakt statt, bei dem der Präsident des Senates, Bürgermeister Dr. Donandt, eine kurze Ansprache hielt.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann führte in seiner Rede u. a. aus:

„Deutschland begeht in stolzer Freude diesen Festtag, der durch die Anwesenheit des hochverehrten Botschafters der befreundeten amerikanischen Nation ein besonderes Gepräge erhält. Ich danke Ihnen, Herr Botschafter, besonders, daß Sie an diesem Jubiläum der ehrwürdigen Handelsstadt teilnehmen, die alten Beziehungen zwischen Bremerhaven und den Vereinigten Staaten von Nordamerika neu begründen. Dieser Hanseatengeist war es, der vor hundert Jahren in tiefster Not im deutschen Volke den Entschluß reifen ließ, hier eine Ausfallpforte für den deutschen Handel zu schaffen. Es ist ein tragisches Schicksal, daß wir jetzt nach hundert Jahren in gleicher äußerer Not daran gehen müssen, den Wiederaufstieg unseres Volkes vorzubereiten. Wir wollen in unserer unendlich schweren Zeit diesen schöpferischen Geist lebendig werden lassen und mit dem gleichen Idealismus die Schwierigkeiten meistern, die es jetzt zu überwinden gilt.

Die schwersten Folgen des tragischen Zusammenbruchs unseres Volkes scheinen hier in Bremerhaven und in Bremen überwunden zu sein. Wir können mit Befriedigung feststellen, daß das, was hier geschaffen worden ist, nicht nur dem deutschen Volke erhalten worden ist, sondern daß die unermüdliche Schaffenskraft der Welthandelsstadt Bremen ihrer zielbewußten Bürgerschaft schon wieder die Fundamente zum weiteren Ausbau gelegt hat. Ein Teil der schwersten Verluste, die Bremens stolze Handelsflotte erlitten hat, ist wieder ausgeglichen. Eine ständig wachsende Tonnage läuft in Bremerhaven ein. Eine wachsende Zahl von Dampfern wird trotz aller Schwierigkeiten gebaut und als Zeugen friedlicher deutscher Schaffenskraft in den Dienst des Weltverkehrs gestellt. Sie tragen dazu bei, die alten Beziehungen zwischen Deutschland und den überseeischen Ländern, besonders den Vereinigten Staaten, neu zu beleben. Sie fördern die lebendigen Verbindungen von Volk zu Volk. Viele Tausende von Deutschen haben hier die alte Heimat verlassen und in der neuen Welt ihre zweite Heimat gefunden. So ist viel von unserem Blut in den Organismus der Vereinigten Staaten geströmt. Es ist kein Wunder, daß sich hilfreiche Hände dort regten, als es hier galt an die Wiederaufbauarbeit zu





Sobald die ersten unteren Tabakblätter die richtige Reife haben, zieht die ganze Familie des türkischen Tabakbauern in der Abenddämmerung zur nächtlichen Ernte aus. Wenn die reif gewordenen Blätter nicht sofort gepflückt werden, verlieren sie ihr Aroma.

REEMTSMA-CIGARETTEN

OVA

im Araberformat

Das Erzeugnis der nachweislich modernsten Mischungswerkstatt der Welt.

5 Pf.

Zigaretten mit **echtem** Stroh-Mundstück
5–10 Pfg.

Persimmon 8 Pfg.
weltberühmt
Vertreter: **Hermann Hoppe**

Patent **Strohhalm** **8 Pfg.**



Patent **Zigaretten** **10 Pfg.**

Anhuri Shu
Egyptische Zigaretten-Kompanie
Breslau 2 — Stammhaus gegründet 1860 — Berlin W. 8

Probieren Sie unsere vorzüglichen
Przedecki's Mokka
die echten braunen
Goldmundstück . . . 5 Pfg.
Patent-Strohhalm kurz 8 Pfg.
Patent-Strohhalm lang 10 Pfg.
Dortmund, Zimmerstraße 25

r8984xb

Führendes Finanzierungsinstitut

dessen Geschäft die Finanzierung von Ratenverkäufen, von Automobilen, Maschinen und Waren aller Art ist,

sucht alleinigen

Vertreter

für den Platz Münster

Bevorzugt werden Hypothekenmakler, Lebensversicherungsagenten u. versierte Kaufleute aus der Maschinenbranche bezw. aus dem Bankfach. §1930e

Angebote unter B N J 3120 an Ala-Haasenstein u. Vogler, Berlin N.W. 6

Gediegene Existenz!

Jahreseinkommen 30000 Rmk.

und mehr durch Uebernahme unserer Generalvertretung bei leichter Bürotätigkeit. Erforderliches Barkapital 3—5000 Mk. §1929e

Angebote unter J B 9545 an Rudolf Mosse, Berlin S. W. 19

Führende Fabrik der Branche sucht arbeitsfreudigen Herrn oder Firma als

Vertreter

zum Vertrieb eines glänzend begutachteten Konsumartikels der kosmetischen Branche, der enorme Absatzmöglichkeiten hat. Es kommen nur Herren in Frage, die sich durch rastlose Tätigkeit ein dauerndes hohes Einkommen verschaffen wollen und die möglichst bei der einschlägigen Kundschaft (Friseure, Drogisten, Parfümerie-Geschäfte usw.) eingeführt sind. Kapital nicht erforderlich; Provision pünktlich auszahlbar. §1922e

Angeb. unt. B B 5057 a. d. Geschst.

Sie werden zu stark!

Nehmen Sie den bewährten
Rhöndorfer Entfettungs-Tee!
Er macht schlank, fördert die Verdauung, reinigt Körper und Blut und hebt das allgemeine Wohlbefinden. Glänzende Danksagungen. Aerztlich empfohlen. Zu haben in allen Apotheken. h5359e
Rhöndorfer Kräuterhaus, Elberfeld.

Große Lager-
und
Büroräume
zirka 750 qm
bisher von Lebensmittel-Großhandlung benutzt,
mit ab 1. Juli frei werdender Wohnung von 5 Zimmern, Küche und Zubehör.

zu vermieten

Offert. unt. **G G 5062** an die Geschäftsstelle. *6980e



Kleide dich gut, dann hast du Erfolg!

Dieser alten Erfahrung Rechnung tragend, bringen wir folgende preiswerte Qualitätsware zum Verkauf

Frühjahrs-Anzüge
in modernen Mustern
33.- 42.- 50.- 66.- und höher

Frühjahrs-Anzüge
Kammgarn- und Cheviot-Stoffe
72.- 80.- 95.- 105.- und höher

Sport-Anzüge
mit 2 Hosen
56.- 60.- 72.- 85.- und höher

Frühjahrs-Mäntel
in modernen Formen
35.- 46.- 55.- 72.- und höher

E. Feldmeyer-Zapp
Münster, Salz- und Klosterstraßen-Ecke

Baumaterialien-Verkauf.

Freitag, den 6. Mai 1927, vorm. ½10 Uhr, werden im freiwill. Auftrage der **Frau Kaufmann Wwe. Bern. Leiters zu Dorf Ahlenberge** durch Abbruch gewonnene Baumaterialien, wie 10 eich. Balken, 24 eich. Sparren, 10 Nr. eich. und tann. Pfosten, 10 Nr. eich. und tann. Bauholz, 6 Nr. eich. u. tann. Bretter, ca. 12 Nr. Brennholz, ca. 15 Türen, teils mit Glas, ca. 50 große und kleine Fenster, ca. 3500 Dachholzziegel nummerweise öffentlich meistbietend gegen Kredit verkauft. §1881

Die Sachen sind gebraucht, aber gut erhalten und können 2 Stunden vorher besichtigt werden. Versammlung am neuen Totenkirchhof am Hanseller Hügel.

Gustav Grotemeyer, Ahlenberge.

Verding.

Für den **Neubau der Kolonialkirche mit Pfarrhaus zu Bockum bei Ermelinghof** sollen unter Vorbehalt der Baugenehmigung nachstehende Arbeiten mit Materiallieferung öffentlich ausgeschrieben werden: h5365)

Los 1: Erd- und Maurerarbeiten,
Los 2: Zimmerarbeiten.

Zeichnungen und Bedingungen nebst Holzliste liegen im Pfarrhaus zu Bockum an den Werktagen zur Einsicht auf. Angebotsformulare können, soweit der Vorrat reicht, gegen Erstattung der Schreibgebühren im Betrage von 5 RM. zu Los 1 und von 1 RM. zu Los 2 vom bauleitenden Architekten, Dombaumeister **W. Sunder-Plaßmann, Münster,** Kaiser-Wilhelm-Ring 9, bezogen werden. Die Angebote sind nebst Materialproben von Steinen und Sand bis zum 8. Mai einschl. an den unterzeichneten Pfarrer einzureichen. — Etwa gewünschte nähere Auskunft erteilt auf schriftliche Anfrage der obengenannte bauleitende Architekt.

Bockum, den 29. April 1927.

Der Kirchenvorstand: Iserloh, Pfarrer.

Hauskauf und Miete.

Im freiwilligen Auftrage des Eigentümers werde ich folgende in Horstmar gelegenen Häuser öffentlich meistbietend zum Verkauf aussetzen bzw. vermieten: h5340)

1. Das Haus Schloßstr. 146 — Wirtschafts-Gebäude mit einigen Wohnräumen — wird zum Verkauf ausgesetzt.
2. Das Haus Schloßstr. 167 soll vermietet werden. Das Haus eignet sich für Geschäftsräume oder Fabrikbetrieb. 400 Qdmtr. nutzbare Fläche.
3. Das Haus Schloßstraße 169 soll vermietet, unter Umständen aber auch verkauft werden. In dem Hause ist jahrelang Bäckerei, Getreidehandlung u. Gastwirtschaft betrieben.

Bietungstermin findet statt am **14. Mai, nachmittags 3 Uhr,** in der **Wirtschaft Thüning** in **Horstmar.**

Grüter, Notar, **Burgsteinfurt.**

Amtliche Anzeigen

Bekanntmachung.

Die Eltern und gesetzlichen Vertreter werden hiermit aufgefordert, alle blinden und hochgradig schwachsichtigen Kinder, die das 4. Lebensjahr bis zum 1. Juli zurückgelegt haben und alle taubstummen, stummen, tauben sowie hochgradig schwerhörigen Kinder, die das 5. Lebensjahr bis zum 1. Juli ds. Js. zurückgelegt haben, auf dem Amtsbüro zur Anmeldung zu bringen.

Telgte, den 28. April 1927.

Der Amtmann: Moehle.

Bekanntmachung.

Habe 6—7 **Stück alte, sehr schöne, eichene geschnitzte, teilweise mit Jahreszahl versehene Kisten,** welche sich vorzüglich zum Umarbeiten in Möbel eignen, preiswert abzugeben. h5366)

Heinrich Müller,
Auktionat., **Emsbüren.**

Holzgeldempfang

am Dienstag, d. 3. Mai d. 9—11 Uhr im **Forsthause Kattmanns amp.** h5305

Gut eingerichtete **Maschinenfabrik** in d. Nähe von Münster sucht zur Ausnutzung ihres groß. Maschinenparks

Dreh-, Fräs-, Hobel- u. Schraubstockarbeiten.

Ferner mechan. Tischlerei. Vernickelei u. Verzinkerei vorh. Auch erwünscht ist die serienw. Herstellung von Maschinen Apparaten und Massenartikel Ia Referenz., saub. Herstellg., prompte Lieferung u. billige Preise. Off. u. B 1301 an die Ann.-Exped. **E. Bendel G. m. b. H., Salzstr. 57.** 8430x

---

Verkauf.

Ein in **Ebgel** (Kreis (Hümmling) am Marktplatz günstig gelegener

Bauplatz

mit großer, massiver Scheune, Garten und Bleiche, etwa 10 Ar, besonders geeignet für Geschäftshaus (Eigentümer: Frau Medizinalrat Dr. Holling), steht zum Verkauf.

Anfragen und Angebote baldigst erbeten an den Unterzeichneten.

Ebgel, den 23 April 1927. h5188)

Schlicht, Notar.

Einfamilienhaus

zu kaufen gesucht. Hohe Anzahlung.

Off. unter B B 1405 an die Geschäftsstelle.

Bauplatz
oder Gartenland,
unmittelbar an der bebauten Stadtgrenze, zu kaufen gesucht. Offert. mit Preisangabe unter S S 718 an die Geschäftsstelle. *6888

Hiltrup.

Schön. Einfamilienhaus
mit groß. Garten unt. günstigen Bedingungen zu verkaufen. §1892
Näh. in der Geschäftsstelle ds. Blattes.

Verkauf einer Hofstelle.

Im freiw. Auftrage der **Ww. Arendt** zu **Brockhausen bei Lingen (Ems)** versteigere ich am

Mittwoch, dem 4. Mai ds. Js., mittags 1 Uhr, in der Wirtschaft **Schillingmann** zu **Brockhausen,** h5368

die in Brockhausen belegene Hofesstelle, bestehend aus ¾ Wiesen und Weiden und ¼ Ackerland, direkt am Hause liegend, und fast neuen Gebäuden, zur Gesamtgröße von 11 ha 0 ar 50 qm

öffentlich meistbietend gegen Kredit und im ganzen.

Hermann Ströing,
Preußisch. Auktionator,
Auktionsgeschäft
Ströing u. Appelhans,
Lingen, Markt 18.

Verding.

Die restlichen Feldarbeiten für die Verlegung der zweigleisigen Bahnstrecke Hamm—Münster v. Klm. 167.7 u. 50 bis Klm. 168.5 und der eingleisigen Bahnstrecke Coesfeld—Münster von Klm. 108.2 bis Klm. 108.8 u. 30 sollen öffentlich vergeben werden. Verdingshefte können, soweit vorrätig, gegen eine Vorgeldgebühr von 3 RM. bezogen werden. Verdingtermin: Montag, den 16. Mai 1927.

Reichsbahn-Neubauamt Münster (Westf.),
Wolfeckerstr. 2.
§1971

WOLFF & Co WERBE-TAGE

Vorgestern

Verbinder 90/180 in schönen Perser-Mustern
12.50 17.50 22.50

Strapazier-Teppiche gute haltbare Qualität
159/225 **12.50** 165/235 **17.00** 200/300 **27.00**

Wolltapestry-Teppiche schöne Perser- und Blumenmuster
165/235 **22.00** 200/300 **45.00** 250/352 **69.00**

Wollplüsch-Teppiche
165/235 **42.00** 200/300 **68.00** 250/350 **97.00**

Haargarn-Teppiche die sol. Gebrauchsteppiche
165/235 **38.00** 200/300 **68.00** 250/350 **98.00**

Velour-Teppiche
165/235 **49.00** 200/300 **75.00** 250/350 **98.00**

Gestern

Gardinen Vollvoile
120-150 brt. gute Schweizer Ware 3.75 1.75 — **1.45**

Spannstoffe ca. 130-150 cm. breit
in Elfenbein, mod. Ausmusterung Mtr. 2.50 2.25 — **1.75**

Netzstoffe 150 cm. breit Arrap-Farbe
für elegante Schalgardinen . Mtr. 3.75 285 — **2.25**

Mull ca. 130 cm. breit
indanthrenfarbig kariert, mod. Muster 2.75 — **2.25**

Halbstores volle Größe Etamine
mit Spitzen und Einsätze . . 4.25 3.50 — **2.25**

Eleg. Halbstores
in Handfilet u. Netzgewebe . 14.50 11.50 — **5.90**

Fachgardinen u. Schalls
moderne Muster volle Größe . 12.75 8.05 — **5.90**

Heute

Mod. Madrasstoffe
in den schönsten Farbstellungen 3.95, 3.25 — **2.75**

Rips uni 130 cm breit, indanthrenfarbig, extra schwere Qualität in vielen Farben 4.35, 3.50 — **3.25**

Eleg. Dekor.-Damaste
in modernen Mustern u. Farben 6.75, 4.95 — **4.95**

Madras-Garnituren 3-teilig,
normale Größe, dunkelfarbig, besonders preiswert . . . . . 12.75, 10.50 — **7.50**

Gobelin-Divandecken
volle Größen in aparten Mustern 16.50, 13.50 — **6.90**

Fell-Divandecken
Ia. Qualität, größte Auswahl 37.—, 32.— — **28.00**

Plüschtischdecken
Ia. Moquette. . . . . 65.—, 48.— — **32.00**

Sie wählen bei uns
unter ca. 1000 Teppichen, Vorlagen, Fellen.
Anfertigung sämtlicher Innendekorationen nach eigenen und gegebenen Entwürfen. Kostenanschläge und Entwürfe unverbindlich.

Teppich-Haus WOLFF & Co
Salzstr. 24 **I. Etage**
Im Hause Café Grotemeyer

Wir unterhalten in
echten Perser-Teppichen und Verbindungsstücken
ein sehr großes Lager zu enorm billigen Preisen.
Auswahlsendungen auch nach Auswärts kostenlos.